

Medienkontakt

Bennet Freeman, bf@bfreemanassociates.com, +1 (202) 262-5116

Sam Schneider, sam.schneider@berlinrosen.com, +1 (301) 706-9261

Zwangsarbeit von Uigur*innen kann bei der Herstellung von Merchandise-Produkten für die Olympischen Spiele in Peking nicht ausgeschlossen werden

Während in den USA ein Gesetz zum Verbot von Zwangsarbeit in Kraft tritt, verweigert das IOC den Dialog mit der Koalition für die Beendigung der Zwangsarbeit in der uigurischen Region und verlässt sich darauf, dass China die Angelegenheit selbst untersucht

(Washington, 3. Januar 2022) – Das Internationale Olympische Komitee (IOC) sollte unverzüglich die spezifischen Sorgfaltsmaßnahmen offenlegen, die es ergriffen hat, um zu ermitteln, in welchen Olympia-Merchandise-Artikeln Material enthalten ist, das von uigurischen Zwangsarbeiter*innen hergestellt wurde. Entsprechende Artikel sollten sofort vernichtet werden, so die Koalition für die Beendigung der Zwangsarbeit in der uigurischen Region ([Coalition to End Forced Labour in the Uyghur Region](#)). Der Koalition gehören über 400 Organisationen aus 40 Ländern an, darunter auch Familienangehörige von Menschen, die zu Unrecht in Chinas brutalen Massenlagern festgehalten werden. Die Winterspiele in Peking beginnen am 4. Februar.

Das IOC hat keine glaubhaften Beweise dafür vorgelegt, dass in den Tausenden von Artikeln mit Olympia-Logo, die im Zusammenhang mit den Winterspielen in Peking verkauft oder getragen werden, keine Produkte enthalten sind, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden. Wenn das IOC nicht bereit ist, solche Schritte offenzulegen, dann muss es erklären, warum es das nicht tut.

„Es darf nicht sein, dass sich das IOC beim Thema Sklavenarbeit hinter einem vermeintlichen Neutralitätsanspruch versteckt, um ethischen Fragen aus dem Weg zu gehen“, **sagte Zumretay Arkin, Programm- und Advocacy-Managerin beim Welt-Uiguren-Kongress**. „Gerade zu einer Zeit, in der die Realität der Zwangsarbeit des uigurischen Volkes inzwischen weltweit anerkannt und verurteilt wird, müssen die Olympia-Verantwortlichen Arbeits- und Menschenrechte achten.“

Die Weigerung des IOC, sich zu seiner Sorgfaltspflicht in Bezug auf Zwangsarbeit im Zusammenhang mit den Spielen zu äußern, kam zu dem Zeitpunkt, als der US-amerikanische Kongress am 16. Dezember das [Gesetz zur Verhinderung von Zwangsarbeit von Uiguren in China \(Uyghur Forced Labor Prevention Act\) verabschiedete](#) und US-Präsident Joe Biden es am 22. Dezember unterzeichnete. Das Gesetz verbietet Importe aus der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang („Uigurische Region“).

Der offizielle Sportbekleidungslieferant des IOC, Anta Sports, gehört zu den vielen Bekleidungsunternehmen weltweit, die Baumwolle aus der Uigurischen Region beziehen. Im März 2021 [erklärte Anta Sports trotzig](#): „Wir haben schon immer in China produzierte Baumwolle gekauft und verwendet, auch Baumwolle aus Xinjiang, und wir werden dies auch in Zukunft tun.“ Angesichts dieser offenkundigen Gleichgültigkeit gegenüber Menschenrechtsverletzungen hätten beim IOC, das sich dazu verpflichtet hat, Zwangsarbeit zu verhindern, Warnglocken läuten müssen. Doch bislang hat es nicht gezeigt, dass es Maßnahmen ergriffen hat.

Die Koalition zur Beendigung der Zwangsarbeit in der uigurischen Region stand im Jahr 2021 acht Monate lang in einem direkten Austausch mit dem IOC, um Informationen und Zusicherungen

einzuholen, dass das IOC seiner Sorgfaltspflicht nachkommt, beispielsweise durch Maßnahmen, die sicherstellen, dass Merchandise-Artikel mit Olympia-Logo nicht von uigurischen Zwangsarbeiter*innen hergestellt werden. Am 21. Dezember lehnte das IOC die von der Koalition vorgeschlagenen Bedingungen für einen substanziellen, konstruktiven und von gegenseitigem Respekt geprägten wechselseitigen Dialog ab.

„Einen Monat vor Beginn der Winterspiele in Peking ist die Gefühlskälte und Gleichgültigkeit des IOC gegenüber Arbeits- und Menschenrechten absolut erschreckend“, **erklärte Bennett Freeman, Mitglied des Lenkungsausschusses der Koalition, Mitbegründer der Cotton Campaign und ehemaliger stellvertretender Staatssekretär für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit im US-amerikanischen Außenministerium.** Bennett war an den fast achtmonatigen Bemühungen der Koalition um das IOC federführend beteiligt. „Unsere Geduld und Beharrlichkeit wurde mit Unnachgiebigkeit und Arroganz beantwortet. Die weltweite Empörung, die die Olympischen Spiele in Peking auslösen werden, könnte das IOC aber so sehr erschüttern, dass es zu einer grundlegenden Reform gezwungen sein wird.“

Das IOC hat sich in seiner [Nachhaltigkeitsstrategie](#) und seinem [Lieferantenkodex](#) zu einer „verantwortungsvollen Beschaffung“ verpflichtet und der Koalition mitgeteilt, dass „das IOC von Zeit zu Zeit dezidierte Due-Diligence-Prüfungen bei Lieferanten durchführt, von denen es annimmt, dass sie besondere ökologische, soziale oder ethische Risiken darstellen“, und dass es „begonnen hat, Sozial-Audits durch Dritte in Auftrag zu geben“. Darüber hinaus teilte das IOC der Koalition am 29. Oktober mit, dass „wir in den kommenden Monaten versuchen werden, diesen Ansatz zu stärken und zu systematisieren, indem wir die Risiken unserer Lieferanten von Gütern und Dienstleistungen und unserer Lizenznehmer im Rahmen formeller Prozesse bewerten und systematisch eine Due-Diligence-Prüfung durch Dritte bei all unseren Hochrisikoliefernern durchführen“.

Die Tatsache, dass das IOC Möglichkeiten zur Durchführung von Due-Diligence-Prüfungen und Audits durch Dritte erst jetzt „prüft“, ist schockierend angesichts des [massiven und weit verbreiteten Einsatzes von Zwangsarbeit der Uigur*innen durch chinesische Behörden und Unternehmen, die in der Autonomen Region Uigurien Polysilizium für die Solarindustrie herstellen und Baumwolle verarbeiten.](#)

„Das IOC hat keine Ahnung, ob die Tausenden von Produkten mit dem Olympia-Logo, die von Sponsoren und anderen Partnern verkauft werden, mit Zwangsarbeit der Uiguren verbunden sind. Noch viel schlimmer ist, dass die olympische Führung sich offenbar auch nicht darum schert, was daran zu erkennen ist, dass es weder Due-Diligence-Prüfungen durchführt noch solche Schritte entsprechend offenlegt“, sagte **Scott Nova, Direktor der US-amerikanischen Arbeitsrechtsorganisation Worker Rights Consortium.**

Das IOC teilte der Koalition außerdem mit, dass „Peking 2022 als Teil des Olympia-Gastgebervertrags und in Übereinstimmung mit der IOC-Nachhaltigkeitsstrategie in Bezug auf Arbeitskräfte und nachhaltige Beschaffung eine Reihe von politischen Verpflichtungen, Standards und detaillierten Regeln zum Schutz der Rechte von Angestellten und Arbeitern entwickelt hat, die [...] Zwangsarbeit ausdrücklich ausschließen“.

Das IOC erklärte weiter: „Sollten konkrete Anschuldigungen über Zwangsarbeit in direktem Zusammenhang mit den Spielen erhoben werden, würde das IOC diese anhören und mit dem Organisationskomitee besprechen. Nach einer Untersuchung würden wir, wenn sich die Vorwürfe bestätigen, eine sofortige Abhilfe verlangen, einen möglichen Stopp der Beschaffung in Betracht ziehen und, falls möglich, die Rückgabe und alternative Beschaffung der Waren verlangen.“

„Angesichts der eindeutigen Beweise für Masseninhaftierungen, Folter und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von denen 13 Millionen Uiguren und turksprachige Muslime betroffen sind, erliegt das IOC einer gewaltigen Illusion, wenn es glaubt, Peking die Untersuchung von Zwangsarbeit im eigenen Land anvertrauen zu können“, sagte **Peter Irwin, Senior Program Officer for Advocacy and Communications beim Uigurischen Menschenrechtsprojekt**. „Die Weigerung des IOC, die von seinem Partner, der chinesischen Regierung, begangenen Gräueltaten anzusprechen, wird dafür sorgen, dass die Olympischen Winterspiele in Peking aus den falschen Gründen in die Geschichte eingehen werden.“

Human Rights Watch, das der Koalition angehört, sowie andere Organisationen haben das IOC bereits früher [aufgefordert](#), für die Olympischen Winterspiele 2022 in Peking eine menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung durchzuführen und zu veröffentlichen – eine Verpflichtung des IOC, die in den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte festgelegt ist. [Im Februar 2021](#) forderte die Koalition für die Beendigung der Zwangsarbeit in der uigurischen Region das IOC ausdrücklich dazu auf, seinen Plan für eine menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung darzulegen, und bestand [im April](#) ausdrücklich darauf, dass bei der Beschaffung von Waren und Gütern die Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingehalten werden, die keine Zwangsarbeit vorsehen.

Es liegen jedoch keine Belege dafür vor, dass das IOC eine solche Sorgfaltsprüfung oder eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte und konkreter auf Zwangsarbeit von Uigur*innen durchgeführt oder andere Maßnahmen ergriffen hat. Das IOC hat auch keine Gespräche mit dem Pekinger Organisationskomitee, also faktisch der chinesischen Regierung, über Zwangsarbeit oder andere Arbeits- oder Menschenrechtsrisiken bekannt gegeben.

Im [Expertenbericht des IOC für 2020 mit dem Titel „Empfehlungen für eine IOC-Menschenrechtsstrategie“](#) heißt es, dass „die Auswirkungen auf die Menschenrechte, die mit den Spielen verbunden sein könnten, schwerwiegend sind“. Zwar hat das IOC bekannt gegeben, dass seine Menschenrechtsarbeit sich an diesen Empfehlungen „orientiert“, es gibt jedoch keinen Hinweis darauf, dass das IOC diese Strategie in Bezug auf Menschenrechtsrisiken und die Winterspiele 2022 in Peking umgesetzt hat.

„Als Schwester eines Opfers dieses Völkermordes, das in einem dunklen Kerker den Preis für meinen Aktivismus in den USA zahlt, bin ich sehr enttäuscht, dass das IOC das Leben der Uiguren als Wegwerfartikel behandelt“, so Rushan Abbas, Leiterin der Kampagne für Uiguren. „Die Respektlosigkeit des IOC gegenüber den direkt betroffenen Rechtsinhabern, in diesem Fall dem uigurischen Volk, zeigt sich deutlich in seiner mangelnden Bereitschaft zu einem vernünftigen Dialog. Wir können daher nicht darauf vertrauen, ebenso wenig wie die Athleten, Sponsoren oder die virtuellen Zuschauer, dass die Tausenden von Olympia-Merchandise-Artikeln nicht mit dem Blut und Schweiß meines Volkes befleckt sind.“

Hinweise für Journalist*innen

Zur Korrespondenz zwischen der Koalition und dem IOC:

Der vollständige offizielle Schriftverkehr zwischen der Koalition und dem IOC (der fünf Monate nach Beginn der informellen Gespräche Anfang Mai 2021 begann) wird auf Anfrage [mit Hintergrundinformationen] zur Verfügung gestellt.

Diese Korrespondenz umfasst:

- 8. Oktober: Das Schreiben der Koalition an das IOC mit der Bitte um einen Dialog
- 29. Oktober: Die erste Antwort des IOC
- 1. November: Die Antwort der Koalition
- 9. Dezember: Die vom IOC vorgeschlagenen Terms of Reference für eine einzige „aktive Zuhörsitzung“
- 14. Dezember: Der Gegenvorschlag der Koalition für einen wechselseitigen Dialog
- 21. Dezember: Die Ablehnung des Gegenvorschlags durch das IOC und die Antwort der Koalition

Zur Koalition:

Die Koalition für die Beendigung der Zwangsarbeit in der uigurischen Region ([Coalition to End Forced Labour in the Uyghur Region](#)) vereint über 400 Organisationen aus 40 Ländern. Die im Lenkungsausschuss der Koalition vertretenen Organisationen sind der Welt-Uiguren-Kongress, die Campaign for Uyghurs, das Uyghur Human Rights Project, Free Uyghur Now, die Uyghur American Association, das Worker Rights Consortium, Global Labor Justice – International Labor Rights Forum, Anti-Slavery International, Freedom United, die Kampagne für saubere Kleidung, die Cotton Campaign, der US-amerikanische Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO und die Investor Alliance for Human Rights, eine Initiative des Interfaith Center on Corporate Responsibility.

Zur Zwangsarbeit in der uigurischen Region:

Seit mindestens 2017 geht die chinesische Regierung brutal gegen Uigur*innen und andere turksprachige und muslimische Bevölkerungsmehrheiten vor, unter anderem mit Mitteln wie Massenverhaftungen, Überwachung, Zwangsarbeit und Misshandlungen. [Berichten zufolge](#) wurden mehr als 1,8 Millionen Menschen inhaftiert und waren gnadenlosen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Das [US-amerikanische Außenministerium](#), ein [unabhängiges Tribunal aus Großbritannien](#) und einige [EU-Mitgliedstaaten](#) haben erklärt, dass China einen Völkermord an den Uigur*innen und anderen muslimischen Mehrheitsgruppen begeht. Selbst angesichts der [erdrückenden Beweislage](#) leugnet China diese Tatsachen weiterhin und investiert massiv in [Massenüberwachungssysteme](#), die Ermittlungen verhindern und Opfer und Zeug*innen zum Schweigen bringen sollen. Große Unternehmen auf der ganzen Welt haben von Chinas Verbrechen profitiert, indem sie weiterhin Materialien aus der uigurischen Region bezogen haben. So stehen inzwischen jedes fünfte Baumwollkleidungsstück weltweit und 45 Prozent des weltweit produzierten Polysiliziums, ein wichtiges Material bei 95 Prozent der Solarzellenproduktion, mit Zwangsarbeit in Verbindung. Die Koalition für die Beendigung der Zwangsarbeit in der uigurischen Region hat [Unternehmen](#) dazu aufgerufen, nicht länger von diesen Gräueltaten zu profitieren und sich zu verpflichten, keine Waren mehr aus der uigurischen Region zu beziehen.